Mitteilungen

des Syndikus des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens

Erscheinen nach Bedarf

Nr. 19	15. Juli 1920	Jahrg. II

1. Der Blutbeweis.

Den Rasseantisemiten ist ein neuer Prophet erstanden! Dr. Falb, ein Sohn des berühmten Wetterpropheten Falb, der in alldeutschen Vereinen „wissenschaftliche" Vorträge hält, veröffentlicht die Ergebnisse seiner wissenschaftlichen Forschungen in der seiner Geistesrichtung entpsrechenden „Deutschen Zeitung". Von dieser wird dann das Gift in die kleineren Kanäle geleitet. Einer dieser kleineren Kanäle, der in München erscheinende bekannte „Völkische Beobachter", bringt in seiner Nummer vom 9. Juni folgende Notiz:

Der Blutsbeweis.

Es wird jetzt erst bekannt, daß ein einwandfreier medizinischer Beweis für die Unverträglichkeit deutschen und jüdischen Blutes vorliegt. Das Verdienst, darauf hingewiesen zu haben, hat Dr. Falb („Deutsche Zeitung" Nr. 185); auch der „Hammer" weist in seinem letzten Heft darauf hin:

„In der Hessischen Hebammen-Lehranstalt zu Mainz haben Blutüberpflanzungen nach der Wederhakeschen Methode stattgefunden. Die Feststellungen bei fünf Fällen mit Einspritzungen von 100 bis 400 Kubik-Zentimeter Blut lauten: „erstaunlich (sehr) schnelle Besserung", „langsame Erholung", „sofortiger Abfall der Temperatur", „auffallend schnelle Besserung". Dagegen heißt es bei Fall 6: bei nur 50 Kubikmeter Einspritzung ergibt sich das gänzlich „unerwartete" Resultat: „Schüttelfrost" (40,5 Grad), sehr schneller elender Puls, schwere Allgemeinerscheinungen. Erst nach sechs Stunden tritt Besserung auf. — Vielleicht ist von Interesse, daß in diesem einen Falle das Blut einer reinrassigen Jüdin auf eine Patientin germanischen Ursprungs übertragen wurde."

Der vergebliche Kampf jüdischer Scheinwissenschaft gegen den Rassegedanken und das Rassebewußtsein wird nunmehr auch auf solche keinen Eindruck mehr machen, die sich durch Scheinbeweise leicht fangen ließen.

Die „Deutsche Zeitung" äußert sich im weiteren Verlauf folgendermaßen:

Die gefährliche Blutmischung.

Zu unserer Notiz mit dieser Ueberschrift (im „Feuilleton" unserer Nummer 184 und 186) hat sich die wissenschaftliche Beobachterin und Berichterstatterin über Blutüberpflanzungsversuche in der Hessischen Hebammenlehranstalt in Mainz, Frau Dr. Gabriele Broer-Lindemann, das Wort zu einer „Erklärung" erbeten. Wir erteilen es ihr im folgender bereitwillig, haben aber natürlich auch dem Verfassen der berichtigten Notiz anschließend Gelegenheit gegeben, sich zu der Erklärung der Frau Dr. Lindemann sachlich zu äußern. Wir bitten unsere Leser, über den „Streitfall" nicht hinwegzulesen. Es verlohnt sich schon, aus diesem fesselnden Einzelfall wieder einmal Einsicht zu gewinnen über das zäh erbitterte geistige Ringen, das wir Deutschen nicht nur auf dem politischen und wirtschaftlichen, künstlerischen und kulturellen, auch auf dem wissenschaftlichen Gebiete mit dem unmittelbaren oder mittelbaren Einfluß des einen einzigen Feindes des deutschen Geistes gegenwärtig und in der nächsten Zukunft auszutragen haben, wenn von einem Wiederaufschwung der deutschen Sache zu sprechen überhaupt noch einen Sinn haben soll.

Frau Dr. Lindemann, Mainz, schreibt:

Unter dem Titel „Die gefährliche Blutmischung" beschäftigt sich ein Artikel in den Nummern 184 und 186 Ihres Blattes mit einer Veröffentlichung der unterzeichneten damaligen Oberärztin der Hess. Hebammenlehranstalt Mainz in Nr. 11 der „Münch. Mediz. Wochenschrift" (1919) „Ueber Blutüberpflanzung in der Geburtshilfe und Gynäkologie". In dieser Arbeit wird, auf Grund der lebensrettenden Blutübertragungsmethode von Dr. Wederhake bei sonst dem Verblutungstode verfallenen verwundeten Soldaten, diese Methode auch in der Frauenheilkunde nachgeprüft und auch

hier eine Reihe direkt lebensrettender Erfolge erzielt. Wederhake gibt an, man solle möglichst Blut von Personen gleichen Geschlechts und gleicher Rasse verwenden. Auf diese Einschränkung bezog sich nun eine Fußnote in obiger Arbeit, die aber in der „Deutschen Zeitung“ im Text und gesperrt gebracht wurde und daher als tendenziös geändert aufgefaßt werden kann, des Inhaltes, daß in einem der elf von uns mit der Blutübertragung nach Wederhake behandelten Fällen einmal eine 6 Stunden dauernde stürmische Fieberreaktion eingetreten sei; hier war nämlich das Blut von einer natürlich völlig gesunden jüdischen Angestellten des Hauses entnommen, die sich sofort heroisch zu diesem Opfer erboten hatte, nachdem verschiedene Schwestern, die in den letzten Wochen schon ihr Blut bei anderen ebenfalls hierdurch vom Verblutungstode geretteten Fällen hergegeben hatten, noch zu blutarm waren, um ihnen schon wieder das ebenfalls sofort wieder opferwilligst angebotene Eigenblut abzunehmen. Die betreffende Patientin, eine an Nierentuberkulose erkrankte Frau, bei der einige Wochen vorher die eine tuberkulös vereiterte Niere entfernt worden war, erkrankte an unstillbarem, schwersten Blutharnen aus der mittlerweile ebenfalls an Tuberkulose erkrankten anderen Niere. Die Blutübertragung rettete diese Patientin von dem sicher drohenden Verblutungstod, so daß sie sich zusehends erholte und erst etwa 4 Monate später an der mittlerweile auch auf Lunge und Darm übergegangenen Tuberkulose starb. Die genannte sechsstündige fieberhafte Reaktion unmittelbar nach der lebensrettenden Blutüberpflanzung hatte keinerlei Nachteile für die Patientin. Ob besagte Reaktion aber auf die von Wederhake erwähnte Uebertragung von rassefremdem Blut zurückzuführen ist, erscheint zum mindesten äußerst fraglich, da die schwere Nierentuberkulose allein schon diese Reaktion erklären kann. Dieser Fall berechtigt also in keiner Weise zu einer Deutung in antisemitischem Sinne.

Frau Dr. Bröer-Lindmann.

*

Hierzu schreibt Herr Dr. Alfred Falb:

Nach den auf biologischem Wege erzielten Ergebnissen in der Rassenforschung (vgl. u. a. Carl Bruck in der „Berliner klinischen Wochenschrift“ 1907, Nr. 26) mußte mit der von Frau Dr. Lindemann beobachteten starken Reaktion in dem betr. Falle gerechnet werden, und zwar gerade wegen der Verwendung rassisch-verschiedenen Blutes! Ob und inwieweit etwa die Nierentuberkulose dabei auch mitspielt, ist eine Frage zweiter Ordnung.

Frau Dr. L. gibt ja selbst zu, daß Wederhake, der übrigens weit über hundert Fälle in dieser Weise behandelt und — wie er in seinem Bericht Münch. med. W. 1917, Nr. 45, zweimal betont! — Schüttelfrost bei Verwendung gleichrassigen Blutes niemals beobachtet hat, nur das Blut gleicher Rassen empfiehlt. Der Inhalt der Lindemannschen „Fußnote“ gehörte also sachlich durchaus in den Text als wesentliches Moment! Was hätte sonst diese „Fußnote“ überhaupt für einen Sinn? Dafür spricht auch, daß die von Frau Dr. L. in ihrem Bericht noch erwähnten Fälle 7 bis 11 (die ich der Kürze halber nicht weiter betont hatte!) sofort nach der Ueberpflanzung rassegleichen Blutes folgende Wirkungen zeigten: „sofort Abfall der Temperatur“, „vorübergehend deutliche Besserung“, „vorübergeh. deutliche Bess.“, „keine Aenderung“, „vorübergeh. deutliche Besserung“. Ein Ergebnis, das gewiß nicht dadurch beeinträchtigt wird, daß in den Fällen 8—11 die Patienten später doch noch der Art ihrer Krankheit — also aus anderen Gründen — erlagen.

Die Kernfrage, die hier allein interessiert, ist die: widerstreiten sich die Sera germanischen und jüdischen Blutes oder nicht? Diese Frage übergeht Frau Dr. Lindemann vollständig, obwohl sie für jeden Unbefangenen keine Verheimlichung duldet.

Dies alles zwingt geradezu zu folgender sehr ernster Ueberlegung:

Im Januar 1900 hat Dr. Maretzki bei feierlicher Sitzung im jüdischen Geheimbund Bnei Brith erklärt: „Die Naturwissenschaften verhelfen dem Satze von der Gleichheit alles dessen, was Menschenantlitz trägt, wenn auch oftmals verleugnet, zur allgemeinen Anerkennung und Durchführung für die Einheimischen wie für die fremden Gäste.“ (!!)

Hier wurde eine objektive Unwahrheit, die den Ergebnissen der Naturwissenschaft geradezu Hohn spricht, als Wahrheit verkündet in einem Kreise, der bestimmend einwirkt auf das heutige Judentum und damit auch auf unser ganzes Leben, und dem hervorragende Männer angehören aus demselben Judentum, das heute in unserer Mitte die wichtigsten Stellen in Wissenschaft, Kunst und Staatsleben besetzt hat oder doch zu besetzen strebt.

Ich erinnere nur in diesem Zusammenhang an das Schicksal, daß z. B. Goethes Briefwechsel mit Knebel erlebte, als er dem jüdischen Gelehrten Guhrauer zur Herausgabe anvertraut wurde. „Dieser nun“ — berichtet H. St. Chamberlein („Goethe“, II. Bd. S. 755; 1919) — „der sich in seinem Vorworte die üblichen hebräischen Impertinenzen über Goethes langjährige, zuverlässige Freunde Riemer und Kanzler v. Müller erlaubt und der uns versichert — woran wir nicht zweifeln —, er habe die „Urschriften“ vor Augen, streicht einfach den ganzen Absatz, der jenen wichtigen Ausspruch enthält“ — nämlich Goethes Empörung über jüdische Unverschämtheit! („Es bedarf nur eines Betteljuden, um einen Gott am Kreuze zu verhöhnen“. Brief an Knebel, 12. 1. 1814.) „Er streicht auch in Knebels vorangegangenem Brief den Namen des Juden, von dem die Rede war“ usw. usw.

Ich erinnere weiter an die eigenartige Gegnerschaft, die einem Gelehrten wie Sombart auch von geistighochstehender jüdischer Seite (Rabbinern) erwuchs! Ich erinnere an Prof. Plenge, dem nach einem Kolleg über Wirtschaftslehre (Nov. 1919) von einem jüdischen Hörer eine „eindringliche Bitte um weitere Klarstellung“ vorgetragen wurde mit der auch im Namen seiner Verbindungsgenossen ausgesprochenen Betonung, der Professor „könne mit seinen bisherigen Ausführungen dem Judentum geschadet haben.“ (!!) Ich erinnere an Prof. Baur, der in seinem grundlegenden Werk über experimentelle Vererbungslehre (1919, S. 1) ausdrücklich darauf hinweist, daß über diese jahrzehntelang geradezu im Brennpunkt des Interesses stehenden Fragen der Vererbung trotzdem „ganz merkwürdig wenig“ experimentiert und die Resultate

der wenigen Forscher, die eine Ausnahme machten, „nicht beachtet" wurden.

Hier liegen doch offenbar, — seien es auch nur unbewußte — aber gewiß aus jüdischem Rasseinstinkt geborene Bestrebungen oder Neigungen zur Verschleierung naturhafter Wahrheiten vor! Mit Recht nennt Sombart die Juden „zweifellos das subjektivste unter den subjektivsten Völkern". Nun überlege man einmal still und klar: Dieses subjektivste aller subjektiven Völker inmitten des „objektivsten" unter den Völkern objektiver Geistesrichtung, inmitten unseres deutschen Volkes, zur Herrschaft, d. h. auf die wichtigsten Stellen in Wissenschaft, Kunst und Volksleben gelangt — —

Und ich frage schließlich — und überlasse das Urteil getrost jedem Unbefangenen: Darf Frau Dr. Lindemann bei meiner logisch ungezwungenen Uebernahme Ihrer wörtlich genau zitierten Fußnote in ihrem Berichtstext von einer „tendenziösen Aenderung" (!!) Ihres Berichtes „im antisemitischen Sinne" sprechen, oder sollte nicht vielmehr meinerseits die erkenntnisverwischende Erklärung der Frau Dr. L. als ein Versuch tendenziöser Deutung in rein philosemitischem Sinne bezeichnet werden? Dr. Alfred Falb.

* * *

Von hervorragender medizinischer Seite wurde dem Centralverein über das reinrassige Judenblut der nachfolgend abgedruckte Beitrag zur Verfügung gestellt:

„Das reinrassige Judenblut?"

In der „Münchener medizinischen Wochenschrift" 1919 Nr. 11 erschien ein Aufsatz aus der „Hessischen Hebammenlehranstalt" zu Mainz aus der Feder der dortigen Oberärztin, Frl. Dr. Gabriele Lindemann, in welcher sie über die Erfolge von Bluttransfusionen bei stark ausgebluteten kranken Frauen berichtet. Diese kleine Operation besteht darin, daß 400 bis 600 bis 800 ccm Blut aus der Blutader eines Patienten entnommen und in das Blutgefäß eines andern direkt übertragen werden. Die Verfasserin des oben erwähnten Aufsatzes teilt 11 solcher Bluttransfusionen mit, von denen nur eine ein ungünstiges Ergebnis gehabt habe, insofern, als die Kranke nach der Blutübertragung einen Schüttelfrost bekam und schwere Allgemeinerscheinungen hervortraten, die erst nach 6 Stunden schwanden. In einer Fußnote zu dieser Beobachtung macht die Verfasserin folgende Anmerkung: „Vielleicht ist es von Interesse, daß in diesem Falle das Blut einer reinrassigen Jüdin auf eine Patientin germanischen Ursprungs übertragen wurde."

Nach mehr als einem Jahre ist dieser wissenschaftliche Aufsatz mit der auffälligen Fußnote von Antisemiten entdeckt worden und den Lesern der „Deutschen Zeitung" zur Kenntnis gebracht worden, von der aus er bereits einen Uebergang in andere Zeitungen gefunden hat. Da es den Anschein erwecken könnte, als ob hier der erste wissenschaftliche Nachweis einer Verschiedenheit des jüdischen Blutes vom germanischen gefunden worden sei, so haben wir mehrfach ärztliche Autoritäten über den Stand dieser Angelegenheiten gefragt und einheitliche Auskunft in dem Sinne erhalten, in welchem die nachfolgende Zuschrift gehalten ist:

„Die von der Verfasserin des erwähnten Aufsatzes in einer Fußnote geäußerte Vermutung, daß die — übrigens nur vorübergehend — schlechte Wirkung der Bluttransfusion in einem unter 11 Fällen darauf zurückzuführen sei, daß fremdrassiges, d. h. fremdartiges Blut miteinander gemischt worden sei, entbehrt jeder wissenschaftlich berechtigten Grundlage. Wenn die Verfasserin größere Erfahrungen hätte, so würde sie wissen, daß Fieber, Schüttelfrost und schwere Allgemeinerscheinungen, auch Blutharnen, nach Blutübertragungen von einem Menschen auf den andern weit öfter vorkommen, als sie es selbst beobachtet hat. Um aus der medizinischen Literatur der letzten Monate nur ein einziges Beispiel dieser Art zu erwähnen, sei berichtet, daß auf dem letzten, im April d. J. abgehaltenen Kongreß der deutschen Gesellschaft für Chirurgie, Prof. Umber, ärztlicher Direktor des Charlottenburger Krankenhauses, mitgeteilt hat, daß er bei 68 Bluttransfusionen trotz vorheriger genauer Prüfung des Blutes der Spender 19mal Schüttelfrost, 5mal Blutharnen und 2mal Schüttelfrost mit gleichzeitigem Blutharnen beobachtet hat. Umber hat diese schädlichen Nebenwirkungen also beobachtet, trotzdem er vorher festgestellt hatte, daß die Blutbeschaffenheit des Blutspenders mit derjenigen des Kranken, auf den das Blut übertragen wurde, in bezug auf seine physiologischen und chemischen Eigenschaften, deren Natur hier nicht näher auseinandergesetzt werden kann, durchaus gleichartig war. In Uebereinstimmung mit diesen Mitteilungen Umbers stehen zahlreiche andere ärztliche Beobachtungen, daß meist schnell vorübergehende Nebenwirkungen der Bluttransfusionen selbst bei Uebertragung von Verwandtenblut öfters vorkommen! Das hat seinen Grund darin, daß die Eiweißkörper des Blutes von Mensch zu Mensch mehr oder weniger chemisch verschiedenartig sind. Die bisherigen Erfahrungen der Wissenschaft geben nicht den geringsten Anhaltspunkt für die Annahme, daß das Blut verschiedener Familien oder Völker sich schlechter mischt, als das Verwandter, während das für das Tierblut durchaus zutrifft. Hier spielt lediglich der Zufall oder, richtiger gesagt, die Individualität der einzelnen Personen eine entscheidende Rolle.

Wenn schon eine anthropologische Definition der Rassendifferenzen außerordentlich schwierig ist, so ist eine physiologische Kennzeichnung von sog. Rasseneigentümlichkeiten bisher ganz unmöglich. Im Laufe der Menschheitsgeschichte ist ja die Rassenmischung allmählich immer häufiger geworden als die Rassenreinheit, und sie hat im allgemeinen zur Vervollkommnung des Menschengeschlechtes geführt. So haben z. B. auch selbst die Mischungen der weißen Rasse mit der gelben die Menschheit nicht verschlechtert. Es gibt keine Rassenphysiologie, sondern nur individuelle „konstitutionelle" Eigenheiten und Eigentümlichkeiten, die sich durch ganze Familien und Geschlechter forterben und verbreiten und dadurch gewisse, auch „innere" Aehnlichkeiten und Gleichheiten in Eigenschaften des Körpers zustande bringen, so vielleicht auch in der chemischen Zusammensetzung des Blutes. Aber keineswegs ähneln sich Verwandte und selbst Geschwister nicht immer in körperlichen Eigenschaften. Oft stehen sich Fremde darin viel näher.

Die amerikanischen Aerzte, die seit Jahren schon von der Heilmethode der Bluttransfusionen den weitgehendsten Gebrauch mit den größten Erfolgen machen,

haben so wenig Scheu vor der Verwendung des Blutes jedwedes beliebigen Menschen, der sich dazu hergibt, daß dort die Blutspendung in den Hospitälern in jedem einzelnen Fall mit 40 Dollar bezahlt zu werden pflegt. Jeder Kranke, der in Lebensgefahr ist und auf diese Weise gerettet werden kann, dürfte sich glücklich schätzen, einen solchen Blutspender zu finden. Ein wissenschaftlich noch so wenig geklärtes Problem, wie die biologische Differenz des Blutes verschiedener Menschen, ist wahrlich nicht dazu geeignet, zu einer politischen Verhetzung des Volkes verwendet zu werden.

2. Zur Judenfrage.

Ein Artikel der „Germania."

Die Morgenausgabe der „Germania", des führenden Berliner Centrums-Organs vom 11. Juni 1920 enthält einen sehr bedeutsamen Artikel „Zur Judenfrage", der von uns zwar nicht in allen Punkten gebilligt werden kann, der aber das Bestreben, eine gerechte Würdigung der Verhältnisse des Judentums zu erreichen, deutlich verrät.

Der Artikel lautet:

Aus geistlichen Kreisen wird uns geschrieben:

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die antisemitische Agitation viel zu dem Ausfall der Reichstagswahlen beigetragen hat. Die Deutschnationale Volkspartei hat mit allen Mitteln gearbeitet, um das Volk gegen die Juden und die „Judenparteien", als welche vor allen Dingen die Demokraten verschrieen wurden, aufzuhetzen. Bilderbogen mit verzerrten Judenköpfen wurden massenhaft unter die Menge geworfen. Große Plakate riefen uns von allen Straßenecken zum Kampf gegen die „Judenvorherrschaft" auf. Bei der Abneigung, die nun einmal in den weitesten Kreisen des Volkes bis zu den Arbeitern gegen die Juden besteht, ist diese Agitation nicht ohne Wirkung geblieben, zumal, da sie sich neuerdings unter stetem Hinweis auf den jüdischen Reichtum stark antikapitalistisch gibt. Die Juden wurden als die Beherrscher Deutschlands und die Urheber unserer Niederlage hingestellt, und es gibt Leute, die daran glauben.

Es soll hier nicht näher untersucht werden, wie es gekommen ist, daß diese mit allen Mitteln betriebene Agitation so viel Erfolg haben konnte. Ohne Zweifel hat dazu die Tatsache beigetragen, daß viele Juden im öffentlichen Leben an hervorragender Stelle stehen und besonders in den Linksparteien großen Einfluß besitzen. Die weitgehenden Schlüsse, die die Antisemiten daraus herleiten, die Pläne, die sie den Juden unterstellen, wie z. B. den nach Errichtung einer jüdischen Weltherrschaft, kann man ruhig in das Gebiet der Fabel verweisen. Aber die Betätigung so vieler Juden an weithin sichtbarer Stelle hat auch in den Kreisen Bedenken erregt, die von Antisemitismus nichts wissen wollen. Ein großer Teil der jüdischen Mitbürger sieht die Gefahr selbst ein, die in der nicht immer segensreichen Betätigung so vieler der ihrigen liegt, und sie haben versucht, den einen oder anderen zum Verzicht zu veranlassen. Jedesmal ohne Erfolg. Im Interesse des Judentums läge es jedenfalls, wenn das Auftreten der Juden im öffentlichen Leben nach Zahl und Umfang eine Einschränkung erführe. Dabei ist allerdings zu befürchten, daß sich gerade die besten und für unser politisches und wirtschaftliches Leben wertvollsten Kräfte zurückziehen werden, da sie sich am ersten von dem antisemitischen Treiben abgestoßen fühlen.

Die jüdische Rasse hat sich mit erstaunlicher Zähigkeit unter allen Völkern behauptet, hauptsächlich infolge ihrer religiösen Sonderstellung. Mit der jüdischen Religion würde auch die jüdische Rasse bald schwinden, in den andern aufgehen. Die ebenfalls fremdrassigen französischen Emigranten und eingewanderten Polen gingen und gehen leicht in der deutschen Rasse auf, weil kein religiöses Heiratsverbot im Wege stand und steht. Wenn nun von den Antisemiten das reindeutsche Blut betont wird, so wirkt das angesichts der vielfachen Vermischung mit Eingewanderten sonderbar. Die Rassenvermengung war für die Juden unmöglich — wegen der Religion. Doch eine Vermischung mit dem deutschen Volkstum in Sprache, Sinnesart, Charakter und Sitte ist unleugbar. So mag man den Juden das deutsche Blut, aber nicht den deutschen Geist absprechen. Es gibt auch innerhalb des Volkes besondere, mehr oder weniger abgeschlossene Rassen. Der Hochadel hatte ein nicht gerade so streng durchgeführtes Heiratsverbot mit dem „gewöhnlichen" Volke, so daß auch die Adligen, Hochadligen und Fürstenfamilien eine Sondergruppe bilden, die selbst verschiedener Eigentümlichkeiten der Rasse nicht entbehrt. Wenn das gleich strenge Heiratsverbot zwischen katholischen und evangelischen Deutschen bestände, so würde bald die Frage auftauchen, ob die katholische oder die evangelische Rasse die deutsche sei. Es führt zu weit, die Juden wegen ihrer durch die Religion bedingten Rassenabsonderung vom Volke als lästige Gäste auszuschließen.

Eine Religionsfrage ist es also im Grunde. Die von den Antisemiten beliebte Gleichung: Christlich-deutsch! wirft ja nicht nur die Juden, sondern mit ihnen auch alle modernen Ungläubigen aus dem deutschen Volke hinaus. Gewiß ist Christentum und Deutschtum kein Gegensatz, aber ist denn Heidentum und Deutschtum etwa vereinbar? Ist der Christ nur ein echter Deutscher? Oder kann es nicht auch der Heide, und der Jude sein? Auch die Gleichung: Protestantisch-deutsch! liegt auf derselben Linie. Und die Kreise, welche immer wieder den Katholiken als Deutschen zweiter Güte hinstellen, stellen auch den Hauptanteil der Antisemiten dar. Ein Vergleich der Mitgliederlisten der antisemitischen Kampforganisationen mit denen der antikatholischen Verbände, wie z. B. des Antiultramontanen Reichsverbandes, würde zu interessanten Ergebnissen führen. Für viele Antisemiten ist jedenfalls der Kampf gegen Juden und Katholiken gleichbedeutend. Aus der Fülle des vorliegenden Materials nur ganz wenige Beispiele: Ein von einem antisemitischen Verlag herausgegebenes Buch trägt die Ueberschrift: „Geheime Fäden im Weltkriege, vor und nach demselben. Entlarvung der Firma Erzberger, Rom, Judas und Kompagnon". Und im Schaufenster der Geschäftsstelle der Deutschnationalen Volkspartei, Ortsgruppe Steglitz, also an offizieller Parteistelle, hing vor den Wahltagen auf schwarz-weiß-rot umränderten Bogen folgendes „Gedicht": „Vor Sozis, Juden, Jesuiten, müßt ihr euch durch Wahl behüten; die internationalen Drei, schlagen das Deutsche Reich entzwei!" Das sind nicht etwa Einzelerscheinungen, sondern typische Zeichen für die antisemitische Bewegung. Dieser Umstand sollte aber die deutschen Katholiken dringend warnen, den antisemitischen Verlockungen zum Opfer zu fallen und die Judenhetze zu unterstützen, die sich letzten Endes auch

gegen sie richtet. Wir wollen ganz davon absehen, daß der Antisemitismus gegen ein Grundprinzip der christlichen Lehre, die Nächstenliebe, verstößt.

Neben der religiösen hat die Judenfrage auch noch eine wirtschaftliche Seite. Um diese zu beleuchten, sei erinnert an die wirtschaftliche Vormacht der Protestanten gegenüber dem katholischen Volksteil, die sich infolge der jahrhundertelangen Bevorzugung durch den Staat und die wiederholte Beraubung und Unterdrückung des katholischen Volksteiles herausgebildet hat. Die Juden nehmen in der Tat eine wirtschaftliche Stellung, eine Macht ein, welche ihrer Zahl nicht entspricht. Sie haben sich diese selbst errungen. Soweit dies durch Auswirkung eines unsittlichen, ausbeuterischen und unehrlichen Geistes geschehen ist und noch geschieht, ist der schärfste Kampf gegen diesen „jüdischen" Geist geboten, nicht, weil die Verfehlungen nach dieser Richtung von Juden begangen werden, sondern weil sie überhaupt, von welcher Seite sie auch kommen mögen, zu bekämpfen sind. Es ist richtig, daß die Juden an unreellem Handel, Wucher usw. prozentual stärker beteiligt sind als Christen, aber das erklärt sich daraus, daß der Handel ein Haupterwerbszweig der Juden ist, für den sie sich besonders eignen und der ihnen immer offen stand, nachdem solange Zeit viele Berufe für sie verschlossen waren. Im übrigen findet sich dieser unsittliche und ausbeuterische Geist nicht nur bei der jüdischen Rasse; er steht ebenso im Widerspruch mit der jüdischen wie der christlichen Religion. Der wahre Christ bekämpft Wucher- und Schiebertum, wo er sie findet, aber er kann sie nicht zum Ausgangspunkt des Kampfes gegen eine bestimmte Klasse oder Rasse machen.

Schließlich bedeutet der Antisemitismus auch eine politische Gefahr. Wir haben ja eben erleben müssen, zu welchen Resultaten die antisemitische Agitation führen kann. Es ist gewiß kein Zufall, daß diese immer dann besonders heftig auflebt, wenn es irgend etwas zu verschleiern gilt, wenn bestimmte Kreise ein Interesse daran haben, die Aufmerksamkeit von anderen Dingen auf die Juden zu lenken. Dann sollen diese an allem Schuld sein. Früher machte man sie für Hungersnot und Pestilenz verantwortlich, heute sollen sie den verlorenen Krieg und unser ganzes Elend allein verschuldet haben. Gewiß tragen auch die Juden ihren Anteil von Schuld an unseren heutigen Zuständen, aber der ist nicht größer als unser aller Schuld. Und dann sollte doch die Tatsache etwas zu denken geben, daß gerade die Träger des politischen und wirtschaftlichen Rückschrittes die eifrigsten Befürworter und Förderer des Antisemitismus sind. Es ist an der Zeit, einen deutlichen Trennungsstrich zwischen ihnen und uns zu ziehen.

3. Die „jüdische Volkspartei" und die Antisemiten.

Die „Deutsche Zeitung" bringt folgenden Bericht, den wir unseren Freunden zur dringenden Beachtung empfehlen. (Auch das „Deutsche Wochenblatt" vom 23. Juni änßert sich im ähnlichen Sinne.) Wir bitten insbesondere, die beiden letzten Absätze zu beachten.

Eine rein völkisch-jüdische Partei in Berlin.

Am 10. Juni 1920 hielt die jüdische Volkspartei eine öffentliche Versammlung im Deutschen Hof in der Luckauer Straße zu Berlin ab, wo sie zur Frage der Berliner Gemeindewahlen Stellung nahm und eine eigene Liste befürwortete. Es waren etwa 350 bis 400 Personen anwesend, und zuerst sprach ein Herr Dr. Witkowsky. Die Ausführungen dieses Herrn waren sehr interessant. Er bekämpfte das Judengesetz vom Jahre 1847, besonders § 41. Dieser Paragraph bestimmt, daß nur Juden das Wahlrecht ausüben dürfen, die 3 Jahre an einem Orte wohnen und da 3 Jahre ihre Steuern bezahlt haben. Dieser Paragraph ist auf Antrag der jüdischen Volkspartei durch zwei Verordnungen des jüdischen Ministers Heine umgangen worden. Da Gesetze nicht ohne weiteres beseitigt werden, wurde der Paragraph im Interesse des Judentums durch neue Verordnungen unwirksam gemacht. Es wurde durch Verfügung bestimmt, daß alle Kriegsteilnehmer ohne weiteres wählen dürfen, und daß das Wahlrecht nicht von einer Steuerzahlung abhängig gemacht werden darf. Dadurch fiel auch die Bestimmung des dreijährigen Wohnens an einem Ort. Die Zahl der jüdischen Wähler stieg dadurch von 23 000 auf 43 000. Ferner teilte Herr Dr. Witkowsky noch mit, daß die jüdische Gemeinde Berlins mit 160 000 Seelen die größte jüdische Gemeinde Deutschlands sei. Dann kam er auf die Ostjuden zu sprechen, und erklärte fast wörtlich mit dankenswerter Offenheit: Die Ostjuden gehören zu uns, sind Blut von unserem Blut, denn es ist gleich, wo wir geboren worden sind, ob in Frankreich, England oder Deutschland, wir bleiben Juden. Wir dürfen nie vergessen, daß vor 500 Jahren die Wanderung umgekehrt stattgefunden hat und sind damals Tausende deutscher Juden aus dem Westen nach dem Osten ausgewandert. Die jüdische Volkspartei erstrebt die Gründung einer jüdischen Gemeinde, die sowohl die Reform-Juden (Richtung „Berliner Tageblatt" Assimilationsjuden und Antizionisten) als auch die gesetzestreuen Juden umfaßt (Zionisten), da gerade jetzt eine Fülle von das Judentum betreffenden religiösen, politischen und nationalen Fragen zu beantworten sind. Auch müßte die jüdische Volksgemeinde die Auswanderung nach Palästina organisieren und ebenso Vorbereitungen treffen für die Einwanderer aus dem Osten, denn dort warten noch Hunderttausende von Brüdern auf den Moment der Emigration und werden diese dann wie eine Flutwelle sich über die westlichen Länder ergießen. Wir müssen unsern Brüdern aus dem Osten die Hände reichen. Es ist von größter Bedeutung, daß in San Remo die Staatsmänner der Entente den Juden eine nationale Heimstätte geschaffen haben durch Anerkennung des Rechtes auf Palästina. Auch der Kampf gegen den Antisemitismus muß anders geführt werden. Es darf den Kampf keine private Organisation wie der Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens mehr allein führen, sondern eine vom Staate anerkannte Vertretung, sagen wir einmal eine Synode z. B., oder etwas ähnliches, muß diesen Kampf aufnehmen.

Dann sprach Herr Professor Heinrich Löwe. Dieser Redner wandte sich zuerst gegen das „Berliner Tageblatt", welches die Reform-Juden vertritt. Er führte u. a. folgendes aus: Das „Tageblatt" vertritt nur die Interessen der Reform-Juden, da Herr Rudolf Mosse (lies Ruben Moses) ja Vorsteher der jüdischen Reformgemeinde in der Johannisstraße ist. Diese Zeitung bedeutet dadurch, daß sie das Nationalgefühl der Juden ablehnt und mit Raffinesse niederhält, eine Gefahr für das Judentum. Er hielt, um den Unterschied der beiden Richtungen im Charakter im

hellen Lichte zu zeigen, die beiden Rabbiner Dr. Netter und Lewy, beide aus dem Elsaß, gegenüber. Ersterer hatte bei einem Besuch des Kaiser Wilhelm in Straßburg es durchgesetzt, daß er vom Kaiser empfangen wurde, und hielt eine glühende patriotische Rede und lobte Kaiser und Reich, und kurze Zeit später, als Poincaré in Straßburg war, da hielt er dieselbe Rede nochmals, diesmal aber waren der französische Präsident und das französische Volk die Gefeierten. So Netter, der Reformjude. Lewy dagegen verweigerte den Franzosen seine Sympathien und zog es vor, lieber das besetzte Gebiet zu verlassen als seine Gesinnung zu wechseln. Ferner sagte er noch, daß schon die Bezeichnung „Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens" eine Irreführung der Oeffentlichkeit, des deutschen Volkes sei, da nicht der Glaube den Juden bestimme, sondern Nation und Rasse als Volkszugehörigkeit. Es gibt ein jüdisches Volk mit einem jüdischen Glauben. (Es müßte also heißen: „Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischer Nation und jüdischen Glaubens".) Es sei kein Wunder, daß das deutsche Volk sich diesen Schwindel nicht gefallen lassen wolle, denn der Dümmste weiß heute, daß der Jude Angehöriger einer anderen Rasse als der Deutsche sei. Nach diesem Herrn sprachen noch ein Herr Reg.-Rat Goslar und Herr Dr. Klee. Die anwesenden Reformjuden fingen während der Rede des letzteren Herrn an, die Versammlung durch andauernde Zwischenrufe zu stören, und es kam während der freien Aussprache öfters zu sehr erregten Auseinandersetzungen, die so weit führten, daß die Reformjuden, die stark in der Minderheit waren, den Saal verließen. Die Reformjuden beschuldigten die Volksparteiler, den bösen Antisemiten Material zu liefern, während die Zionisten den Reformjuden wieder mit vollem Recht aber die Schuld am Anwachsen des Antisemitismus gaben. Nur durch das herausfordernde und heuchlerische Benehmen dieser „Berliner Tageblatt"-Juden oder Schinkenjuden, wie ein Redner treffend sagte, wird der Antisemitismus geweckt und gezüchtet. Ohne Reformjuden mit ihrem Machthunger würden wir nicht halbsoviel Antisemiten auf der Welt haben.

Wir Judengegner können eine jüdische Volkspartei, welche mit offenem Visier für ihre Interessen kämpfen will, nur willkommen heißen, denn wir bekämpfen nicht den einzelnen Juden, am wenigsten aber die ehrlichen Juden. Unser Kampf gilt den Reformjuden vom Schlage des „Berliner Tageblatt". Unser Kampf gilt dem alles zersetzenden jüdischen Geist, welcher es mit allen Mitteln versucht, in unser Volksleben einzudringen. Unsern Kampf führen wir zum Schutze unseres Volkes und Vaterlandes.

Wir gönnen den Juden eine Heimat. Alle Juden müssen sich um den Stern Davids sammeln und sich nicht überall in die deutschen politischen Parteien und maßgebenden Stellen einschleichen, denn dort wirken sie als Fremdkörper schädlich. Hinaus mit den Juden aus unseren politischen Parteien; hinein mit ihnen in eine jüdische Volkspartei.

4. Die Vorgänge an der technischen Hochschule in Hannover.

Gemäß Beschluß der Studenten-Versammlung in Hannover vom März d. J. fand am 9. Juni d. J. die schriftliche Abstimmung über den § 1 der Satzungen des allgemeinen Studentenausschusses (Asta) statt. Der § 1 lag in 2 Fassungen, einmal im philosemitischen vom Asta selbst vorgeschlagen und einmal im antisemitischen Sinne verfaßt, von den Vertretern der hiesigen Burschenschaften, zur Abstimmung vor. Der Ausschuß hatte sich in einem von dem 1. Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden unterzeichneten Aufruf an die Studierenden gewandt und noch in zwölfter Stunde versucht, die Stimmung im philosemitischen Sinne zu beeinflussen. Ein ähnlicher Aufruf wurde von einer Reihe einflußreicher philosemitischer Kommilitonen verbreitet. Auch die jüdischen Studierenden versuchten durch ein per Post versandtes Flugblatt die andersgläubigen Kommilitonen vor übereilten Schritten zurückzuhalten. All diese Bemühungen konnten die von antisemitischer Seite entfesselte Hetzpropaganda nicht eindämmen. Bei einer Wahlbeteiligung von 716 Prozent von 2600 stimmberechtigten Studierenden wurden 1255 Stimmen für Ausschluß und nur 609 Stimmen für Beibehaltung des Stimmrechts der jüdischen Studierenden abgegeben.

Der angenommene Beschluß hat folgenden Wortlaut:

„Die Studierenden deutscher Abstammung und Muttersprache bilden die deutsche Studentenschaft. Studierende jüdischer Abstammung sind von der Zugehörigkeit zum Verbande ausgeschlossen."

Die „Deutschvölkischen Blätter" vom 1. Juli 1920 bemerken dazu:

„.......... Die Durchsetzung des Willens der Hannoverschen Studentenschaft wurde ermöglicht durch das enge Zusammenarbeiten aller korporativen Verbände. Die Hannoversche Studentenschaft ist trotz der Erklärung des Direktors, den A. St. A. nicht anzuerkennen, trotz der Stellungnahme der Gesamtvertretung in Göttingen und trotz der Dresdener Beschlüsse gewillt, in ihrem Kreise die Judenfrage wie überhaupt die Ausländerfrage praktisch derart zu lösen, daß eine rein deutsche Vertretung der Studentenschaft geschaffen wird (wobei es den Ausländern und Juden als Gästen anheim gestellt sein mag, gemäß ihrer Zahl auch ihrerseits eine Vertretung zu schaffen).

Die Studentenschaft ist sich bewußt, daß sie nur durch ein derartiges klares und zielsicheres Vorgehen die Belange der deutschen Studentenschaft in dem notwendigen Maße vertreten kann. Die Studentenschaft ist gewillt, durch ihr Vorgehen den deutschen Volksgenossen die Wege zur Reinigung unseres völkischen Lebens von allem Fremdrassigen und besonders von der jüdischen Herrschaft zu weisen. Durch die Hannoversche Burschenschaft, den V. D. St., den Schwarzburger und Sonderhäuser Verband sind die anderen Universitäten und Hochschulen zur Mitarbeit aufgefordert worden."

Die praktischen Folgen dieses Ergebnisses werden sein, daß Rektor und Senat der technischen Hochschule Hannover die Satzungen des Asta nicht anerkennen werden, d. h. daß eine auf diese Art gewählte studierende Vertretung keinen Anspruch erheben kann, als „Asta" anerkannt zu werden, weil sie nicht von der Gesamtheit aller Studierenden gewählt worden ist. Es bleibt abzuwarten, wie sich der Gesamtverband sämtlicher Hochschulen und Universitäten Deutschlands zu dieser Frage stellen wird.

5. Der „Schutz- und Trutzbund“ gegen Delitzsch.

In der letzten Nummer der „Mitteilungen“ veröffentlichten wir einen Artikel „Bedenklicher Antisemitismus“ aus dem katholischen „Westfälischen Volksblatt“ in Paderborn. Derselbe schien uns in seiner Beurteilung des Delitzschen Buches deshalb besonders bemerkenswert, weil das „Westfälische Volksblatt“ dem Antisemitismus, besonders dem rührig arbeitenden Paderborner, durchaus nicht ablehnend gegenübersteht. Nunmehr veröffentlicht das „Westfälische Volksblatt“ in seiner Nummer vom 30. Juni (162, 1. Blatt) folgendes Eingesandt:

„Zur Judenfrage.

Der Aufsatz „Bedenklicher Antisemitismus“ von Dr. P. in der Montagsnummer des „Westf. Volksbl.“ deckt sich in der Beurteilung des neu erschienenen Werkes von Professor Delitzsch durchaus mit unserem Standpunkte. Solche weit über das Ziel hinausschießende Schriften sind sehr geeignet, die sonst so berechtigte deutschvölkische Bewegung in Mißkredit zu bringen. Wir verurteilten durchaus die Ausdehnung der Kritik am Judentum auf die hl. Schriften des alten Bundes. In unseren am 2. Juni 1920 in Nr. 140 des „Westf. Volksbl.“ veröffentlichten Leitsätzen haben wir ausdrücklich hervorgehoben: „Auch die Religion des Alten Testamentes achtet der Bund als eine gottgewollte, geschichtliche Vorbereitung der Menschheit für das Christentum.“ Seit Gründung der hiesigen Ortsgruppe haben wir uns die größte Mühe gegeben, die gesamte deutschvölkische Bewegung auf eine religiös und sittlich einwandfreie Grundlage zu stellen; das ist uns bisher in erfreulichem Umfange gelungen. Das wird auch weiter unsere besondere Sorge sein; wir wissen wohl, daß nur so unseren Wünschen und Zielen Erfüllung reifen kann. — Das Wort „Antisemitismus“ faßt übrigens durchaus nicht das Wesen unserer Bestrebungen. Wir bekämpfen alles Undeutsche, Volksfremde und alles dem christlichen Geiste Widerstrebende im deutschen Vaterlande. Wir wollen die Befreiung des ganzen Volkes von der mammonistischen, im „ewigen Juden Ahasver“ verkörperten, materiell-selbstischen Lebensauffassung und Zurückführung zu einer opferbereiten, ehrenhaft deutschbewußten, von christlicher Nächstenliebe getragenen Solidarität. Als eine der wichtigsten Aufgaben auf diesem Wege betrachten wir allerdings die Ausschaltung des durch seine Verwerfung zum zersetzenden Ferment der Völker gewordenen Judentums durch gesetzliche Maßnahmen ähnlich denen des christlichen Mittelalters.

Paderborn, den 22. Juni 1920.

Der Vorstand der Gruppe für das Paderborner Land des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes.“

Dieses Eingesandt ist in verschiedenen Beziehungen außerordentlich interessant. Während der geistige Führer der antisemitischen Bewegung, Graf Reventlow, dem Delitzschen Buche einen Leitartikel widmet, und während die Ortsgruppen des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes es an allen Orten ausschlachten, rückt die Paderborner Ortsgruppe energisch davon ab, und zwar nur deshalb, weil sie mit Recht fürchtet, die Angriffe Delitzschs auf das jüdische Schrifttum müßten auch alle überzeugungstreuen Christen beleidigen. Die Verkennung der Sachlage durch die Paderborner Ortsgruppe ist bezeichnend für die Blindheit weiter antisemitischer Kreise, die sich nicht darüber klar sind, daß einflußreiche Männer der Vergangenheit und Gegenwart der antisemitischen Bewegung, wie gegen das Judentum als Religion, so auch gegen das Christentum Sturm gelaufen sind und weiter Sturm laufen. Die Paderborner Ortsgruppe sollte nicht vergessen, was der Zentrumsabgeordnete Prof. Schreiber auf dem Parteitag in Berlin sagte:

„Der Antisemitismus ist der Feind des Christentums.“

6. Eine „deutschbewußte“ Modenzeitschrift.

Nunmehr haben wir auch eine völkische Modenzeitschrift. Sie heißt: „Neue Frauenkleidung und Kultur“ (Verlag Braunsche Hofbuchdruckerei, Karlsruhe.) In der Verlagsanzeige wird über sie gesagt: „Die beste deutsche Zeitschrift für Frauenkleidung und Geschmacksbildung. Sie sollte von allen deutschbewußten Frauen und Jungfrauen gelesen werden, um endlich von der internationalen Warenhausmode loszukommen.“

7. Ein blinder antisemitischer Redner.

Die Antisemiten lassen neuerdings einen blinden Redner, namens Böhme aus Hamburg auftreten, der nach auffälliger Ankündigung in den Tageszeitungen und an den Anschlagsäulen einen Vortrag über „Das Geheimnis der Juden“ hält. Ein solcher hat bisher in Detmold stattgefunden, in Herford ist er nicht zustandegekommen, und es ist anzunehmen, daß weitere in anderen Städten folgen werden. Das Auftreten eines solchen Redners ist deshalb besonders bedauerlich, weil die Gefahr besteht, daß das Mitleid, welches der Redner durch das körperliche Leiden hervorruft, zu einer Sympathie für die von ihm vorgetragene Sache wird.

8. Stinnes dementiert.

Seit längerer Zeit gehen durch die Tagespresse fortgesetzt Notizen über den deutschen Rockefeller Hugo Stinnes. Die „Weltbühne“ berichtete, daß Stinnes in seiner Hand die Macht über nahezu alle Binnenschiffahrtslinien des Reiches vereinigt; in der Kontrollierung von allem deutschen Eisen und Stahl, sowie aller Kohle des Rheinlandes teilt er sich mit ganz wenig Schwerindustriellen; auf die deutschen Schiffahrtsgesellschaften hat er durch Aktienbesitz einen hervorragenden Einfluß, und neuerdings hat er sich einer beträchtlichen Anzahl von Papierfabriken und über 60 deutscher Zeitungen bemächtigt. Zu diesem letzten Punkt meldet neuerdings die „Frankfurter-Zeitung“, daß Herr Stinnes tatsächlich nur die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ und die „Handels- und Industrie-Zeitung“ besitze. Alles andere sei Phantasie. Diese Meldung ist wie die „Freiheit“ mitteilt, nicht ganz richtig. Wenn Herr Stinnes auch nicht persönlich die 60 bis 70 Zeitungen angekauft hat, so hat sie doch der Stinnes-Konzern erworben, in welchem Hugo Stinnes selbstverständlich der stärkste Mann ist.

9. Die Familie Stumm als Großkapitalistin.

Die „Freiheit“ bringt in der Morgennummer vom 6. Juli unter der Ueberschrift „Ein neuer Kapitalriese“ eine Notiz, der wir folgendes entnehmen:

Durch die Uebergabe der Betriebsanlagen in Lothringen und im Saarrevier an Frankreich haben die dort bisher ansässigen oder beteiligten Kapitalisten ungeheure Vorteile erzielt. Ihnen ist der Erlös aus den Betrieben in Frankenwährung ausgezahlt worden und durch die Umwechselung in deutsche Valuta haben sie riesige Summen erhalten, mit denen sie jetzt in der Lage sind, neue Vertrustungspläne durchzuführen. Ein besonders kennzeichnendes Beispiel bietet die augenblickliche Tätigkeit der Stummschen Familie, die den größten Industriebesitz im Saarrevier besaß. Ihr ist es gelungen, in verhältnismäßig kurzer Zeit einen Ersatz für die verloren gegangenen Unternehmungen im Saarrevier bei der rheinisch-westfälischen Industrie zu finden. Sie hat eine Anzahl Werke angekauft oder sich durch den Ankauf von Aktien den maßgebenden Einfluß auf sie zu verschaffen gewußt, so daß sie jetzt einen der größten Montankonzerne bilden kann. Die „Vossische Zeitung“ gibt darüber folgende Einzelheiten an:

Stumm hat jetzt Einfluß, meist den bestimmenden, bei den folgenden Gesellschaften:

1. Gelsenkirchener Gußstahl- und Eisenwerke. In deren Besitz befinden sich die Aktien folgender Werke: a) Annener Gußstahlwerk; Gelsenkirchen besitzt zwei Drittel des Gesamtkapitals. b) Vereinigte Preß- und Hammerwerke in Dahlhausen-Bielefeld; Gelsenkirchen besitzt nahezu das gesamte Aktienkapital von 2 Millionen Mark. c) Stahlwerk Oeking; Gelsenkirchen besitzt Aktien im Betrage von 768 000 Mark.

2. Eisenindustrie zu Menden und Schwerte; das Werk besitzt die Eisenstahlgrube Jakobskrone.

3. Westfälische Eisen- und Drahtwerke in Werne bei Langendreer, zu dem die Aplabecker Hütte gehört. Das Werk besitzt die Eisensteingruben „Zufällig Glück“ und Martensberg.

4. Aplabecker Aktienverein für Bergbau, Zeche Margarete.

5. Gußstahlwerk Witten.

6. Rheinisch-Westfälische Bauindustrie A.-G., Düsseldorf.

7. J. Frerchs & Co. A.-G. Schiffswerft in Einswarden.

8. Norddeutsche Hütte in Oslebshausen bei Bremen, die maßgebenden Einfluß auf die Steinkohlenzeche Admiral in Schwerte hat.

9. Deutsche Lastautomobilfabrik A.-G. Radingen (30 Prozent des Aktienkapitals).

10. Metallgießerei A.-G. Köln-Ehrenfeld.

11. Aus Friedenszeit besitzt Stumm noch die Kohlenzeche Minister Achenbach.

In diesem Trust sind alle Teile der Industrie von der Urproduktion bis zur Fertigfabrikation vorhanden. Wir finden Erz- und Kohlengruben, Gußstahlwerke, Hochöfen, Gießereien, Hammerwerke, Radreifenwalzwerke, chemische Fabriken, Drahtziehereien, Puddelwerke, mechanische Werkstätten, Anlagen für Hoch- und Tiefbauten, eine Schiffswerft, eine Automobilfabrik und eine Metallgießerei unter ihnen. Es fehlt jetzt nur noch der Ankauf von Papierfabriken und Zeitungen, um Stumm zum mächtigsten Nachbarn von Stinnes zu machen.“

Diese Mitteilungen sind eine brauchbare Erwiderung auf die Angriffe gegen den angeblich überwuchernden jüdischen Großkapitalismus.

10. Die Weisen von Zion.

Nachstehende Erklärung ist von zionistischer Seite in einer Reihe führender deutscher Zeitungen veröffentlicht worden:

„Die Unterzeichneten, die zu den Teilnehmern des ersten Zionisten-Kongresses gehörten‘ der im Januar 1897 zu Basel abgehalten wurde, und die dem Kongreß während seiner ganzen Dauer beigewohnt haben, erklären hiermit: Es ist unwahr, daß während des Kongresses Geheimsitzungen irgendwelcher Art stattgefunden haben, viel weniger solche, in denen Pläne zur Errichtung einer jüdischen Weltherrschaft erörtert worden sind. Alle Behauptungen gegenteiliger Natur, wie sie in der letzten Zeit in der Presse und anderen Druckerzeugnissen aufgestellt worden sind, sind tendenziöse Lüge. Sollten nach Bekanntwerden dieser unserer Erklärung derartige Behauptungen erneut aufgestellt werden, so werden wir gegen die Urheber und Verbreiter öffentlich den Vorwurf der bewußten Verleumdung erheben.

Justizrat Dr. Bodenheimer-Köln, Lazarus Friedmann-Mainz, Prof. Dr. Heinrich Loewe, Bibliothekar an der Universitätsbibliothek Berlin, Dr. med. Theodor Zlocisti-Berlin-Südende, Frau Hulda Zlocisti geb. Thomaschewsky-Berlin-Südende.“

Verantwortlich: Syndikus Dr. Holländer, Berlin SW 68, Lindenstr. 13 I.
Druck: Ernst Litfaß' Erben, Berlin C 19, Adlerstr. 6